

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Europafragen und Eine Welt

Antrag der Fraktion der FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 19. November 2020 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Stärkung von LGBTIQ-Rechten in der EU“.

Begründung:

EU-Vizepräsidentin Vera Jourova hat angekündigt, LGBTIQ-Rechte zu stärken und damit sexuelle Minderheiten besser vor Diskriminierungen zu schützen. Hintergrund der Initiativen sind steigende Zahlen von Anfeindungen und Diskriminierungen gegen Mitglieder der LGBTIQ-Community.

Die EU-Kommission verfolgt unterschiedliche strategische Konzepte. So sollen Straftatbestände wie etwa Hassrede und Gewaltkriminalität gegen sexuelle Minderheiten europaweit verfolgt werden können. Darüber hinaus wird eine europaweite Gleichstellung von sogenannten „Regenbogenfamilien“ verfolgt. In diesem Zusammenhang fordern einige Europaabgeordnete ein strafrechtliches Vorgehen gegen EU-Mitgliedsstaaten wie zum Beispiel Polen und Ungarn, die erst kürzlich mit sogenannten „LGBT-freie Zonen“ und andere Diskriminierungen die Rechte von sexuellen Minderheiten unterminierten.

Wie beurteilt die Landesregierung die konzeptionellen Vorschläge der EU-Kommission auch im Hinblick auf die Umsetzung des Landesaktionsplans "Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen"?

Die Landesregierung wird um Berichterstattung gebeten.